

Heute unter anderem zu folgenden Themen: Wir gratulieren Werner Rügemer zum Geburtstag ; Heiner Flassbeck: »Die Verteilungsfrage muss vor der Wachstumsfrage gelöst sein«; Unterwegs zur Plutokratie; Stephan Schulmeister – Die Lernschwäche der Ökonomen; Thomas Mirow – ein Paradebeispiel für die bedrohliche Denkfaulheit unserer "Elite"; IWF-Chefin fordert deutsches Konjunkturpaket; Nachdenkliches zum Elterngeldgesetz; Schweiz: Steuerstreit mit den USA eskaliert; Steuerfahnder-Affäre: Verrückte Gutachten; CIA, MI 6 und Gaddafi: Neue Dokumente belegen engste Zusammenarbeit; 450 000 Israelis fordern gerechtere Gesellschaftsordnung; Neonazis unter Polizeischutz; Angestellte und Beamte: "Das sind zwei verschiedene Welten"; Oskar Lafontaine – SPD ist eine Spaßpartei; Sahra Wagenknecht – Ich finde Kumpel-Politiker peinlich; Die geleakte Kandidatin; De Maizièrè kündigt mehr militärische Einsätze an; „... und unseren täglichen Talk gib uns heute!“ (WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Wir gratulieren Werner Rügemer zum Geburtstag](#)
2. [Heiner Flassbeck: »Die Verteilungsfrage muss vor der Wachstumsfrage gelöst sein«](#)
3. [Unterwegs zur Plutokratie](#)
4. [Stephan Schulmeister – Die Lernschwäche der Ökonomen](#)
5. [Thomas Mirow – ein Paradebeispiel für die bedrohliche Denkfaulheit unserer "Elite"](#)
6. [IWF-Chefin fordert deutsches Konjunkturpaket](#)
7. [Nachdenkliches zum Elterngeldgesetz](#)
8. [Schweiz: Steuerstreit mit den USA eskaliert](#)
9. [Steuerfahnder-Affäre: Verrückte Gutachten](#)
10. [CIA, MI 6 und Gaddafi: Neue Dokumente belegen engste Zusammenarbeit](#)
11. [450 000 Israelis fordern gerechtere Gesellschaftsordnung](#)
12. [Neonazis unter Polizeischutz](#)
13. [Angestellte und Beamte: "Das sind zwei verschiedene Welten"](#)
14. [Oskar Lafontaine – SPD ist eine Spaßpartei](#)
15. [Sahra Wagenknecht – Ich finde Kumpel-Politiker peinlich](#)
16. [Die geleakte Kandidatin](#)
17. [De Maizièrè kündigt mehr militärische Einsätze an](#)
18. [„... und unseren täglichen Talk gib uns heute!“](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, [dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.](#)

1. **Wir gratulieren Werner Rügemer zum Geburtstag.**

Er ist gestern 70 Jahre alt geworden. Wenn man ihn sieht, glaubt man das kaum. Danke für die unermüdliche Arbeit, für den Kampf gegen die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, für die Aufklärung über die Machenschaften mit PPP und über den abgrundtiefen Sumpf an Korruption, in dem wir täglich waten müssen. Wir wünschen weiter Kraft und Mut – und zählen darauf, lieber Werner Rügemer.

Martin Betzwieser, Jens Berger, Wolfgang Lieb, Albrecht Müller und alle anderen NachDenkSeiten-Mitmacher

dazu: **Der Lancelot von Köln**

Am Sonntag wird Werner Rügemer siebzig

Ich möchte zuerst eine Liste von Personen anführen. Es handelt sich um lebende oder doch im allgemeinen linken Bewußtsein gegenwärtige Menschen, die auf die eine oder andere Weise gegen den Kaputtalismus Widerstand leisten und uns mit ihrer Arbeit die Aussicht auf eine lebenswerte Zukunft offenhalten. Ich nenne sie in alphabetischer Reihenfolge: Noam Chomsky, Frigga Haug, Robert Jungk, Naomi Klein, Maria Mies, Hans Werner Richter, Werner Rügemer, Arundhati Roy, Vandana Shiva, Jean Ziegler, Günter Wallraff. Zum Glück der irdischen Zukunft ist diese Liste alles andere als vollständig.

Quelle: [Junge Welt](#)

2. **Heiner Flassbeck: »Die Verteilungsfrage muss vor der Wachstumsfrage gelöst sein«**

Die Unternehmen sparen in Höhe von 2 % des Bruttoinlandsprodukts. Die deutschen Unternehmen sparen 2 %, die Haushalte sparen 10 % ihres Einkommens. Der Staat darf jetzt keine Schulden mehr machen. Wer macht die Schulden? Irgendeiner muss dieses, das zur Bank getragen wird, aufnehmen und investieren – hoffentlich. Wer ist das – die anderen, die Idioten, die da draußen, die im Süden, die Südländer? Die können sich verschulden. Es geht nicht anders. Die reine Logik sagt, wenn in Deutschland alle sparen und der Staat keine Schulden macht, dann geht die Rechnung nicht auf. Dann gibt es entweder eine gewaltige Rezession oder die anderen verschulden sich. Die anderen sind aber bis zum Stehkragen schon verschuldet, also können sie sich nicht weiter verschulden. Damit ist das deutsche Modell gegen die Wand gefahren...

Damit haben wir jetzt weltweit eine Situation, dass fast 70 % der Weltwirtschaft stagnierende Löhne haben. Die Erwartung der normalen privaten Haushalte, Japan, USA und Europa, das sind fast 70 % der Weltwirtschaft, ist darauf ausgerichtet, dass

ihr Einkommen nicht mehr steigt. In dieser Situation ist es absolut berechtigt zu sagen: Die Marktwirtschaft oder der Kapitalismus ist am Ende. Es gibt kein Wachstum mehr...

Die Verschuldung des Staates ist gestiegen, trotzdem zahlen sie nur unter einem Prozent Zinsen. Letzte Woche war der zehnjährige Zins auf 0,9. Die Amerikaner sind übrigens auch zum ersten Mal auf unter zwei gewesen, 1,97 letzte Woche, was zeigt, dass es einen Hunger nach Staatsanleihen gibt. Von wegen Pleite der Staaten und Schuldenkrise, was alles Schwachsinn ist. Alle Anleger dieser Welt gieren danach Staatsschuldenpapiere zu kaufen und die Kommentatoren in unseren Zeitungen und im Fernsehen sagen, es gibt eine Staatsschuldenkrise. Es gibt einen fundamentalen Vertrauensverlust in den Staat. Welch ein Unsinn ...

Länder wie Griechenland, hochverschuldete Länder, brauchen zwei Dinge: Sie brauchen Wachstum und sie brauchen niedrige Zinsen. Über die Zinsen hat man jetzt in Europa schon ein bisschen geredet, sie sind immerhin auf 3,5 % runter, sie müssten noch weiter runter in meinen Augen, aber immerhin ist dies schon ein erster Schritt. Gleichzeitig hat man ein Katastrophenprogramm gemacht beim Wachstum, diese ganzen Kürzungen sind vollkommen absurd und man muss massiv darauf beharren – und man sieht es ja jetzt in Griechenland, dass jetzt im zweiten Jahr schon dieser Versuch scheitert, über Restriktionen diese Länder zu sanieren. Wer das jetzt nicht kapiert, dem ist nicht mehr zu helfen, dann weiß man nicht mehr, was man noch tun soll.

Quelle: [Fraktion Die Linke](#)

Und das könnte passieren, wenn kein Umdenken stattfindet:

Der Euro steuert auf den Eisberg zu

Was passiert mit unserem Geld, wenn die Turbulenzen an den Märkten eine Kettenreaktion auslösen und die Euro-Zone zerfällt? Beraten von Prof. Clemens Fuest aus Oxford hat Handelsblatt ein „Worst-Case-Szenario“ entworfen.

Quelle: [Handelsblatt](#)

Anmerkung WL: Die Handelsblatt-Ökonomen gehen offensichtlich davon aus, dass kein Kurswechsel stattfindet. Insofern ist das Katastrophenszenario durchaus konsequent. Selbst angesichts dieses Titanic-Szenarios ist kein Umdenken zu erkennen.

3. Unterwegs zur Plutokratie

Unsere Demokratie beschränkt sich darauf, Rauchverbote zu erlassen, während der

entfesselte Markt regiert. Wir sind unterwegs zur Plutokratie, prognostiziert Jens Jessen. [...]

Ein Heilsversprechen dichtet niemand mehr dem Kapitalismus an. Der Markt, so heißt es inzwischen, sei nun einmal dazu da, die Überlebenskräfte von Staaten, Firmen, Menschen zu testen und die Starken von der Last der Schwachen zu befreien.

Das ist der Kern der Lehre, die allgemein, aber vielleicht zu Unrecht, neoliberal genannt wird...

Wenn ein so gewaltiger Lebensbereich wie die Wirtschaft, die noch dazu viele weitere Lebensbereiche tyrannisch bestimmt, der gesellschaftlichen Gestaltungskraft entzogen wird, ist auch die Demokratie sinnlos. Eine Demokratie, die sich darauf beschränkt, Rauchverbote in Gaststätten zu erlassen oder die Helmpflicht von Radfahrern zu diskutieren, also dem gegenseitigen Gängelungsverhalten der Bürger nachzugeben, aber die eine große Macht, die alle gängelt, nicht beherrschen kann, ist das Papier nicht wert, auf dem ihre Verfassung gedruckt wird...

Der Bürger, der die Politiker für ihren Verrat an seinen Interessen bestrafen möchte, fände keine Partei im demokratischen Spektrum, die bereit wäre, sein Interesse gegen die Wirtschaft durchzusetzen. Er könnte in Deutschland die SPD gegen die CDU oder die CDU gegen die SPD oder beide gegen die Grünen auswechseln, ohne dass sich am Katzbuckeln vor dem Kapital etwas ändern würde...

Schon sagen selbst konservative Beobachter, dass sich in Amerika unter dem Mäntelchen der Marktrhetorik in Wahrheit ein Umbau des Landes zugunsten einer Plutokratie vollzieht.

Quelle: [ZEIT](#)

4. **Stephan Schulmeister - Die Lernschwäche der Ökonomen**

Wie kann die Schuldenkrise bewältigt werden? Die Soziologen Jens Beckert und Wolfgang Streeck haben davor gewarnt, dass die Krise auf das soziale System übergreifen kann. Dabei führt kein Weg an einer systemischen Therapie vorbei.

Quelle: [FAZ](#)

5. **Thomas Mirow - ein Paradebeispiel für die bedrohliche Denkfaulheit unserer "Elite"**

Unter der Überschrift „Wachstum wird uns nicht retten“ darf sich Thomas Mirow, Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, in einem Interview mit dem Ökonomen und Journalisten Mark Schieritz auf einer Zeitungsseite über höhere Steuern und die Frage, wie Europa zu helfen ist, ausbreiten. Seine Antworten sind gleich in zweifacher Hinsicht deprimierend: Zum einen zeigt Mirow keine einzige Lösung auf. Zum anderen offenbaren seine einschläfernden Aussagen so viel kalte Ignoranz und Unkenntnis über unsere Gesellschaft, dass es einen graust. Es ist nicht störend, unterschiedlicher Meinung zu sein, im Gegenteil, das zwingt zum

Nachdenken; es sind die Satttheit, die geistige Lähmung und das Fehlen jedweder Energie und jedweden Willens, etwas politisch zu gestalten, die so betroffen machen.

Quelle: [Wirtschaft und Gesellschaft](#)

6. **IWF-Chefin fordert deutsches Konjunkturpaket**

Angst vor einer neuen Weltwirtschaftskrise macht sich breit. Auch IWF-Chefin Lagarde befürchtet eine deutliche Abkühlung der Konjunktur. Bereits vorab appelliert sie im SPIEGEL-Interview an die Bundesregierung, Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Quelle: [SPIEGEL Online](#)

7. **Nachdenkliches zum Elterngeldgesetz**

Das Elterngeldgesetz (BEEG) gilt für Geburten ab 1.1.2007 und hat das bis dahin geltende Erziehungsgeldgesetz (BERzGG) abgelöst. Nach dem Erziehungsgeldgesetz wurden 300 € /Monat über 24 Monate nach Geburt eines Kindes gezahlt. Bei höherem Einkommen wurde der Betrag gemindert oder fiel ganz weg. Die Einkommensgrenzen waren gestaffelt. Für die ersten 6 Monate lagen sie wesentlich höher als für die restlichen 18 Monate. Eltern mit niedrigerem Einkommen waren also begünstigt. Das wurde mit dem Sozialstaatsgebot begründet.

Mit dem Elterngeldgesetz wurde eine Wende um 180 Grad vollzogen. Der Bezugszeitraum wurde auf 12 Monate (bei Beanspruchung durch beide Eltern auf 14 Monate) gekürzt. Das Mindestelterngeld beträgt 300 €/Monat. Wenn aber im Jahr vor der Geburt ein höheres Einkommen erzielt wurde, beträgt es 67% (seit 2011 65%) des im Jahr vor der Geburt erzielten Netto-Einkommens. – Damit wurden die Ansprüche von ärmeren Eltern (Eltern, die vor der Geburt bereits vorhandene Kinder betreut haben, Studentenpaare, Geringverdiener, Arbeitslose) halbiert. Wohlhabende Eltern erhalten dagegen den bis zu 6-fachen Betrag und zwar in der Regel je mehr, desto wohlhabender sie sind.

Von der Regierung wurde diese Praxis mit einem „Paradigmenwechsel“ begründet. Das Elterngeld habe im Gegensatz zum Erziehungsgeld eine „Einkommensersatzfunktion“ wie etwa das Krankengeld oder das Arbeitslosengeld I. Übersehen wurde dabei, dass dieser Vergleich gleich auf zwei Beinen hinkt: Einmal sind Kranken- und Arbeitslosengeld I Versicherungsleistungen, denen auch mit dem Einkommen steigende Beiträge zugrunde liegen, während das Elterngeld steuerfinanziert ist. Zum andern sind Krankheit und Arbeitslosigkeit Schadensfälle, wohingegen das von einer Geburt nicht behauptet werden sollte.

Quelle: [Johannes Resch \[PDF - 115 KB\]](#)

8. **Schweiz: Steuerstreit mit den USA eskaliert**

Die USA fordern unverzüglich detaillierte Informationen über das Ausmass der Steuerhinterziehung von US-Bürgern via Schweizer Banken. Stellt sich die Schweiz quer, drohen sie der Credit Suisse (CS) und neun weiteren Banken mit Strafklagen.

Diese Eskalation rund um die Offenlegung von Kundennamen geht aus einem Briefwechsel hervor, welcher der SonntagsZeitung vorliegt. Unter anderem fordern die USA bis Dienstag detaillierte Zahlen zur Steuerhinterziehung bei der CS. [...] «Die Angst vor der US-Justiz ist riesig», sagt ein Bankier zur Eskalation im Steuerstreit. Eine andere Quelle spricht von «Alarmstimmung» und klagt: «Jetzt gehts ans Eingemachte.» Die Finanzinstitute erwarten, dass die Auseinandersetzung zwischen der Schweiz und den USA weit gravierendere Folgen haben wird als die UBS-Steueraffäre. «Das wird für uns deutlich teurer als bei der UBS, die in den USA eine Busse von 780 Millionen Dollar zahlen musste», bestätigt eine gut unterrichtete Quelle. «Wir rechnen damit, dass die Schweizer Banken bis zu 2 Milliarden Franken Busse zahlen und ein Mehrfaches an Kundendaten ausliefern müssen als im UBS-Fall.» Obwohl der Bund noch mit den USA verhandelt, haben sich die Banken damit abgefunden, dass «es keine Möglichkeit gibt, dass wir nicht zahlen und Daten liefern». Sonst gehe es den involvierten Banken an den Kragen. Weil hohe Bussen einzelne Institute an den Abgrund bringen könnten, fordern Bankiers einen Solidaritätsfonds, an dem sich alle Banken beteiligen müssen. «Jetzt muss der Finanzplatz zusammenstehen», fordert ein Bankpräsident.

Quelle: [Sonntagszeitung](#)

9. **Steuerfahnder-Affäre: Verrückte Gutachten**

Der Steuerfahnder-Untersuchungsausschuss des hessischen Landtags gibt den Blick auf die Abgründe unseres Rechtssystems frei.

Quelle: [Frankfurter Rundschau](#)

10. **CIA, MI 6 und Gaddafi: Neue Dokumente belegen engste Zusammenarbeit**

Gestern sind in Tripolis Dokumente aufgetaucht, die eine enge Zusammenarbeit zwischen der CIA, dem britischen Geheimdienst MI 6 und dem Gaddafi-Regime belegen. Kooperiert wurde dabei vor allem in Bezug auf Verhöre von Terrorverdächtigen, die hierzu durch die CIA nach Libyen gebracht wurde. Ausgeführt wurden die Befragungen durch den libyschen Geheimdienst, der für seine Folterpraxis berüchtigt war. Die Fragen stammten dabei von der CIA, die sich seit 2004 um eine ständige Vertretung in Libyen bemühte.

Der MI 6 lieferte dem Gaddafi-Regime Informationen über libysche Oppositionelle und Regimekritiker, die in Großbritannien lebten und überwachte im Auftrag des libyschen Geheimdienstes sogar deren Telefonanschlüsse.

Quelle: [Jacob Jung](#)

Anmerkung unseres Lesers M.M.: Eigentlich nicht wirklich überraschend.

Bezeichnend ist auch die "Rechtfertigung" der CIA-Sprecherin Jennifer Youngblood:
„Es kann

nicht überraschen, das die Central Intelligence Agency mit ausländischen Regierungen zusammenarbeitet, um dabei zu helfen, unser Land vor Terrorismus und anderen tödlichen Bedrohungen zu schützen... Nur was wirft man Gaddafi eigentlich vor? Menschenrechtverletzungen? Folter? Mord? Es kann doch nicht "überraschen, dass Gaddafi "nur" alles getan, um sein Land zu "schützen" ...

zum Thema: **Pepe Escobar - Why Gaddafi got a red card**

[...] Let's start with the basics. The Frogs did it. It's always worth repeating; this is a French war. The Americans don't even call it a war; it's a "kinetic action" or something. The "rebel" Transitional National Council" (TNC) is a French invention. [...] As already reported by Asia Times Online, this war started in October 2010 when Gaddafi's chief of protocol, Nuri Mesmari, defected to Paris, was approached by French intelligence and for all practical purposes a military coup d'état was concocted, involving defectors in Cyrenaica. [...]

Thus the military coup was perfected in Paris until December; the first popular demonstrations in Cyrenaica in February - largely instigated by the plotters - were hijacked.

Quelle: [Asia Times](#)

11. **450 000 Israelis fordern gerechtere Gesellschaftsordnung**

Mit der größten Demonstration in Israels Geschichte hat die Bewegung für mehr soziale Gerechtigkeit ihren Druck auf den konservativen Ministerpräsidenten Netanjahu noch einmal erheblich erhöht.

Quelle: [Tagesspiegel](#)

12. **Neonazis unter Polizeischutz**

Belagert von 10.000 Gegendemonstranten marschieren 700 Neonazis durch Dortmund. Die Polizei schützt ihren Aufmarsch mit Wasserwerfern und Räumpanzern.

Quelle: [taz](#)

Ausschreitungen bei Demo in Dortmund

Polizei geht gegen Straßenblockierer vor

Quelle: [Rheinische Post](#)

13. **Angestellte und Beamte: "Das sind zwei verschiedene Welten"**

Sie sind Lehrer in Thüringen, aber gleich sind sie nicht. Die einen verdienen als Beamte 100 Prozent, vielen angestellten Kollegen ist das verwehrt. Eine Ungleichheit, die vor Gericht Bestand hat.

Die Vorsitzende Richterin hat Verständnis, dass die Klägerin ebenfalls zu 100 Prozent arbeiten und verdienen möchte. Aber mit dem Grundsatz der Gleichheit kommt man hier nicht weit. Die höchstrichterliche Rechtsprechung sehe bei Beamten und Angestellte keine Gleichbehandlung vor, weil sie einen unterschiedlichen Status hätten, sagt die Richterin.

Quelle: [Südthüringen](#)

14. **Oskar Lafontaine - SPD ist eine Spaßpartei**

Politik hechelt Vorgaben der Finanzindustrie hinterher. Bundestag hat Haushaltsrecht verloren. Ein Gespräch mit Oskar Lafontaine

Quelle: [Junge Welt](#)

15. **Sahra Wagenknecht - Ich finde Kumpel-Politiker peinlich**

Die stellvertretende Vorsitzende der Linken über großzügige Millionäre, eine Kandidatur als Fraktionschefin und ihre ideale Zeitung.

Quelle: [Frankfurter Rundschau](#)

16. **Die geleakte Kandidatin**

Laut US-Dokumenten, die auf der Onlineplattform Wikileaks veröffentlicht wurden, hat Renate Künast 2009 Koalition mit der CDU im Bund als Ziel genannt. Grüne: verkürzt widergegeben.

Quelle 1: [taz](#)

Quelle 2: [Wikileaks](#)

In an October 2 meeting, Greens co-Caucus leader Renate Kuenast almost previewed the Saarland decision, telling the Ambassador that the Greens should not limit itself to being part of a "leftist bloc." Rather, Kuenast said that she sees the Greens working toward a coalition with the CDU on the national level, a coalition which currently only exists in Hamburg. Greens national co-Chair Cem Oezdemir likewise told the Ambassador October 13 that the Greens should not limit their alliances but should rather see how they can achieve their goals, including with the CDU.

17. **De Maizièrè kündigt mehr militärische Einsätze an**

Zum Brunnenbauen schickt man keine Soldaten: Verteidigungsminister Thomas de Maizièrè hat Einsätze zur Entwicklungshilfe kritisiert. Die Bundeswehr wolle sich künftig auf den Kern ihres militärischen Auftrages konzentrieren.

Berlin - Die Bundeswehr soll künftig nach den Worten von Verteidigungsminister Thomas de Maizièrè weniger Entwicklungshilfe leisten und mehr militärisch arbeiten. "Oft war es sehr bequem, dass sich Soldaten an einem internationalen Einsatz beteiligt haben, der in Wahrheit nicht zum Kern eines militärischen Auftrags gehört", sagte der CDU-Politiker dem Bonner "General-Anzeiger".

Quelle: [SPIEGEL Online](#)

Als Kommentar zwei Stimmen aus dem Forum von SPON:

So dann...

sollten wir den Herrn mal beim Wort nehmen. Was ist der "Kern" der Aufgabe der Bundeswehr? Na? – Richtig, die Landesverteidigung. Also erwarten wir jetzt den Abbruch jedweder Auslandseinsätze inclusive Afghanistan. ...

Wie war das noch mit der Verfassung...

die Auslandeinsätze verbietet? Alles heiße Luft. Wie ich schon in einem anderen Artikel geschrieben habe: Die Verfassung und sämtliche Werte kann man sich sonstwo hin stecken. Alles zweitrangig ...

18. „... und unseren täglichen Talk gib uns heute!“

In den untersuchten Talkshows konnten Themenkonjunkturen und sich wiederholende Gästekonstellationen identifiziert werden. Meist werden in den Talkshows jene Themen debattiert, die ohnehin schon in aller Munde sind. Ganze Felder der gesellschaftlichen Wirklichkeit werden weitestgehend ausgeklammert: die Außenpolitik, die Welt des Internets und der Computer sowie große Teile des Arbeitslebens.

Neues wird nicht entdeckt. Meist diskutieren Menschen, die man aus dem Fernsehen schon kennt. Es gibt wichtige gesellschaftliche Akteure, die gar nicht vorkommen. Denn für die Gäste ist das wichtigste Kriterium: Sie müssen im Fernsehen „gut funktionieren“, d. h. schlagfertig sein und meinungsstark. Sachkompetenz ist demgegenüber zweitrangig, wichtiger ist der Unterhaltungswert. Geredet wird zwar miteinander, aber immer in Bezug auf das zuschauende Publikum. Die meisten Beiträge sind folglich Statements oder Verlautbarungen. Ein freier und voraussetzungsloser Diskurs sieht anders aus.

Für viele Politiker ist die Talkshow eine wichtige Bühne ihrer selbst gemachten oder von Beratern befeuerten Inszenierung. Sie werden zu „Marken“ und verschaffen sich „Markenzeichen“. Talkshows erzeugen Nachfrage nach einem bestimmten Politikertypus. Viele Zuschauer machen sich auf diesem Weg ein Bild von ihren gewählten Vertretern. Natürlich kann es auch passieren, dass einzelne Politiker schlecht aussehen oder sich blamieren. Aber selbst wenn die Resonanz kritisch ausfällt, steht in der Regel die psychologische Wirkung im Zentrum, Sympathie oder Antipathie, nicht das rationale Argument.

Die Studie zeigt: Oft erschlägt die Form den Inhalt. Von den kleinen „Einspielfilmen“

bis zu den „Anklatschern“, die im Studio für Stimmung sorgen, ist alles darauf angelegt, die Zuschauer zu unterhalten und vom Wegzappen abzubringen. Die Zuschauer werden systematisch unterschätzt. An der Quote misst sich der Erfolg, nicht daran, ob ein Problem sachgerecht erörtert wurde.

Die tatsächliche Politik, das Verhandeln und Entscheiden in Parlamenten und Regierungen, scheint sich immer weiter von der Darstellung der Politik zu entfernen. Die Talkshows tragen zu diesem Phänomen bei, das sie zugleich wortreich beklagen.

Quelle 1: [Otto Brenner Stiftung, Informationen zur Studie](#)

Quelle 2: [Otto-Brenner-Stiftung, Studie \[PDF - 2.8 MB\]](#)